

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Theurer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Alexander Müller, Matthias Nölke, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Nichtbehandlung von Krankheiten

Während der COVID-19-Pandemie kommt es in Deutschland möglicherweise zu einer verringerten Nachfrage an medizinischen Dienstleistungen einschließlich Notfallversorgung (vgl. <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/wegen-coronavirus-geheim-aok-studien-zeigt-wieviele-patienten-liess-en-sich-nicht-70632438>). Dies könnte darauf hindeuten, dass notwendige medizinische Versorgung unterbleibt, was wiederum zu einer erhöhten Sterblichkeit beitragen könnte.

Wir fragen die Bundesregierung

1. Für wie viele Menschen im medizinischen Sektor und aufgeschlüsselt nach Berufsgruppen ist derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung Kurzarbeit angemeldet?

Wie hat sich das monatlich seit Beginn des Jahres 2020 entwickelt?

2. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass bei den Aufnahme Diagnosen z. B. in Krankenhäusern die Fallzahlen von Erkrankungen rückläufig sind?

Wie ist die monatliche Entwicklung der Fallzahlen, auch im Vergleich zu den Vorjahreszeiträumen?

Wie verteilt sich der Rückgang auf die Bundesländer und die Aufnahme Diagnosen, insbesondere in der Unterscheidung zwischen Atemwegserkrankungen und anderen Krankheiten?

3. Sieht die Bundesregierung in der Möglichkeit, dass Krankheiten wie etwa Herz-Kreislaufkrankungen, Vergiftungen oder Neubildungen zunehmend nicht behandelt werden, ein Problem?
4. Wie hat sich die flächendeckende Verfügbarkeit von Notfallmedizin für die Menschen in Deutschland seit Beginn des Jahres entwickelt?

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es seit Beginn dieses Jahres zu einer statistischen Übersterblichkeit kommt?

Wenn ja, in welchen Monaten?

6. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Übersterblichkeit auf die zunehmende Nichtbehandlung von Krankheiten zurückzuführen ist?
7. Wie gedenkt die Bundesregierung, der Nichtbehandlung von Krankheiten entgegenzuwirken?

Reichen nach Einschätzung der Bundesregierung die Kapazitäten des Gesundheitssystems dafür aus, dass sowohl Corona-Patienten als auch alle anderen Patienten regulär behandelt werden?

Berlin, den 12. Juni 2020

Christian Lindner und Fraktion